

Kapitel 8

Exkurs: Zu den hirnpfysiologischen Grundlagen der Meinungsmache

Dass neoliberale Ideen in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit weithin vorherrschen, ist eine Tatsache – ebenso wie der Umstand, dass bis in die siebziger Jahre mehrheitlich ganz andere moralische Kategorien das politische Handeln und die Denkmuster eines Großteils der Bevölkerung bestimmten. Diesen gravierenden Wandel auf Meinungsmache zurückzuführen löst Abwehr und Widerstand aus – verständlicherweise: Es für unmöglich zu halten, dass die Lebenswirklichkeit in unserer Gesellschaft weitgehend manipulativ erzeugt worden sein soll, ist gewissermaßen eine natürliche Reaktion.

»Auf leisen Sohlen ins Gehirn« heißt ein Buch⁵⁴ des Linguisten George Lakoff und der Mitautorin Elisabeth Wehling, die darin dem Phänomen nachgehen, wie durch Sprachgebrauch in Medien, Politik und öffentlichem Leben der Vereinigten Staaten Meinung gemacht wird, die dann über entsprechende Wahlerfolge der Konservativen die innen- und außenpolitische Realität in den USA bestimmt.

Basis für den Klärungsversuch von Lakoff/Wehling ist die Überlegung, dass »Denken« und »Meinungen haben« Vorgänge sind, die auf pfysiologischen Grundlagen fußen. In diesem Zusammenhang sind die modernen Lerntheorien von Bedeutung: Seit Mitte der neunziger Jahre ist das Wissen über Lernvorgänge im Gehirn geradezu explosionsartig gewachsen. Die Neurophysiologen können schon recht differenziert nachweisen, was bei nachhaltiger Informationsaufnahme im Nervensystem geschieht. Bei dieser Informationsaufnahme – dem pfysiologischen »Lernen« – ist natürlich kein »Filter« eingebaut, der sachlich Falsches von sachlich Richtigem trennt. Meinungsmache muss also nur den entsprechenden pfysiologischen Mechanismus für den gewünschten Informationsspeicher bedienen – und schon ist »Meinung gemacht«.

Denken funktioniert wie alle Leistungen des zentralen Nervensystems durch die Ausbildung von Kontakten der Nervenzellen untereinander, durch synaptische Verbindungen. Die Netzwerke dieser synaptischen Verbindungen sind die Basis für alle Leistungen des menschlichen Organismus; sie entstehen durch Benutzung. Grundlage sind die Erfahrungen, die ein Mensch von Geburt an macht. Alles, was er erlebt, hinterlässt im Gehirn Spuren in Form der synaptischen Verbindungen, die Wahrnehmungen, Reize und Reaktionen geknüpft haben. Ein Charakteristikum dieser Spurenbildung ist, dass sich ein bestimmtes Denkmuster umso tiefer, unter Umständen sogar unumkehrbar ausbildet, je häufiger ein bestimmtes Netz mobilisiert wird. So werden, bedingt durch wiederkehrende Erfahrungen, Metaphern installiert, die ursprünglich unabhängig voneinander existierende Sachverhalte verknüpfen.

Wir alle lernen also automatisch ein höchst komplexes Metaphernsystem, das – ohne dass wir uns dessen bewusst wären – grundlegend für unser alltägliches Weltverständnis ist und für unser Handeln. Das gilt selbstverständlich auch für die Politik. Das heißt: Je nachdem, welcher Metapher wir uns im politischen Sprachgebrauch bedienen, werden bestimmte Denkmuster mobilisiert, die beeinflussen, wie eine bestimmte Situation wahrgenommen wird.

Grob skizziert, haben Lakoff und Wehling Folgendes herausgefunden: Am Beispiel der USA analysieren sie, wie sich die Metapherntheorie auf politische Debatten anwenden lässt. Sie beschreiben, dass der politische Wertekampf in den USA nicht nur politische Interessen erfasst, sondern vielmehr eine Auseinandersetzung über moralische Werte ist, die zu einer grundsätzlichen Spaltung zwischen Konservativen und Progressiven führt.

Hirnphysiologisch wird die Metaphernbildung über Moral in der Politik begründet durch die Erfahrungen, die ein Kind im Familienleben macht. Lakoff und Wehling stellen dar, dass das erlebte Verständnis von moralischer Autorität in der Familie unbewusst auf die Politik übertragen wird. Bestätigt wird das durch

den gängigen Sprachgebrauch: Man spricht vom »Vaterland«, hat eine »Muttersprache« und denkt historisch an die »Väter der Nation«. Unbewusst wendet man also Kategorien der Familie auf die Nation an und überträgt folglich Wissen und Erfahrungen aus der Familie auf die Nation. Einander widersprechende Auffassungen über die Nation lassen sich durch unterschiedliche Vorstellungen von Familie erklären. Unterschiedene politische Programmpunkte führen Lakoff/Wehling auf die Moralvorstellungen zweier gegensätzlicher Familienmodelle zurück: das konservative Familienmodell mit einer »Strenger-Vater-Moral« und das progressive Familienmodell mit einer »Fürsorgliche-Eltern-Moral«.

Das konservative Familienmodell ist durch die Autorität des »strengen Vaters« geprägt, der moralisch stark genug sein muss, um die Familie gegen Böses zu verteidigen und vor Schaden zu schützen. Er tritt mit anderen in Wettbewerb, um seine Familie zu ernähren, und muss sich gegen diese anderen behaupten, um die Familie zu versorgen. Zudem wird vorausgesetzt, dass er die Kategorien »richtig« und »falsch« beherrscht: »Father knows best« – »Vater weiß den rechten Rat«. Richtiges Verhalten muss er seinen Kindern beibringen. Er belohnt und bestraft, wobei die Bestrafung das wirksamere Mittel zur Disziplinierung ist. Sein Motto: »No pain, no gain!« (sinngemäß: »Es muss weh tun, damit was hängenbleibt!«). Oder: »Was uns nicht umbringt, macht uns stark!«

Die Philosophie dieses Familienmodells: Erreicht das Kind Selbstdisziplin, ist es moralisch stark und in der Lage, sein Eigeninteresse zu verfolgen und im Leben Erfolg zu haben. Letzteres ist grundsätzlich jedem möglich; jeder kann es vom Tellerwäscher zum Millionär bringen. Und wenn ein Mensch nicht erfolgreich ist, dann ist er einfach nicht diszipliniert genug und verfügt nicht über genügend moralische Stärke. Solche Menschen zum Beispiel mit Sozialprogrammen zu »belohnen« ist in den Augen der Konservativen schlicht unmoralisch, weil man sie damit der Möglichkeit beraubt, innerlich zu wachsen. Auch in Deutschland beruht die Rücknahme der sozialen Absicherung, wie sie bei-

spielsweise durch Hartz IV erfolgt ist, auf einer solchen Denkstruktur.

Frauen und Männer, die nicht ausschließlich ihr Eigeninteresse verfolgen, sondern anderen zu helfen versuchen, werden in der politischen Rhetorik diffamiert, in den USA als »do-gooders«, in Deutschland als »Gutmenschen«. In den Augen der Konservativen schaden die do-gooders mit ihren Interventionen den sozial Benachteiligten, weil sie diese Menschen hindern, innere Disziplin zu entwickeln und ihr Eigeninteresse zu verfolgen. Wem das aber gelingt, der wird durch Wohlstand belohnt. Aus dieser Überzeugung entwickeln die Konservativen unter anderem ihre moralische Position zur Steuerreform: Nach ihrem Verständnis bestrafen hohe Steuern die selbstdisziplinierten erfolgreichen Bürger und sind somit ein unmoralischer Akt des Staates.

Überhaupt sind nach diesen Denkmustern Interventionen des Staates verdächtig; ein prägnantes Beispiel dafür ist das Postulat für den »freien Markt«: Wenn jeder in der Gesellschaft sein eigenes Wohlergehen verfolgt, dann wird automatisch das Wohlergehen aller verbessert. Also lautet der konservative moralische Grundsatz: Trete innerhalb des freien Marktes mit anderen in Wettbewerb und verfolge dabei dein Eigeninteresse. Das Ergebnis wird sein, dass es allen gutgeht.

Die kognitive Dissonanz an diesem Denkmuster beruht darin – wie Lakoff und Wehling zutreffend darstellen –, dass der angeblich freie Markt ein Mythos ist. Denn alle Märkte haben Regeln, die von Menschen konstruiert worden sind. Der freie Markt ist nur frei innerhalb bestimmter Regeln, die für ihn aufgestellt sind. Was sollte uns daran hindern, diese Regeln zu ändern, wenn eine Änderung als sachlich notwendig erkannt wird? Es wird allerdings schwierig, dieses progressive Denkmuster zu etablieren, wenn die konservative Metapher vom freien Markt akzeptiert ist. Dann werden nämlich diejenigen, die den angeblich freien Markt neu regulieren wollen, zu Leuten, die ihn unfrei machen.

Der Struktur des progressiven Modells der Familienmoral liegt nach Lakoff und Wehling folgende Idee zugrunde: »Fürsorgliche

Eltern« erziehen ihre Kinder auf der Basis von Fürsorge und Verantwortung. Moralischer Kernpunkt des Modells ist, das Kind so zu erziehen, dass es in der Lage ist, sich auch für andere einzusetzen und sie zu fördern. Fürsorge setzt Einfühlungsvermögen und Übernahme von Verantwortung voraus. Sie ist geprägt von dialogischer Kommunikation: Man spricht mit dem Kind auf gleicher Ebene und nimmt seine Ideen und Belange ernst. Indem das Kind von seinen Eltern Verständnis erfährt, kann es lernen, andere zu verstehen.

Das Kind folgt den Eltern, weil es sie liebt, und entwickelt den Wunsch, von ihnen anerkannt zu werden, sie stolz zu machen.

Als Erfolge gelten dabei nicht ausschließlich »Siege gegen andere«, Lob erfährt das Kind vielmehr auch, wenn es anderen verantwortungsvoll geholfen hat.

Die progressive Familienmoral folgt dabei nicht dem Ziel, Kinder ausschließlich zur Uneigennützigkeit zu erziehen. Voraussetzung, für andere da sein zu können, ist zunächst einmal, für die eigene Person Verantwortung zu übernehmen, für sich selbst sorgen zu können, um darüber hinaus dann auch für andere Verantwortung zu tragen. Soziale Kompetenz ist ein wichtiges Erziehungsziel der Progressiven.

Moralisches Verhalten äußert sich nicht wie bei den sehr traditionellen Konservativen als Gehorsam gegenüber dem Vater, sondern im Umgang mit anderen Menschen. Dabei ergibt sich »richtig« oder »falsch« aus dem Kontext der jeweiligen Situation.

Die progressive Weltsicht hat nichts zu tun mit einer grundsätzlichen Aufteilung der Welt in Gut und Böse, sondern »richtiges« Verhalten besteht darin, sich in andere Menschen und ihre Situation »hineinzudenken«. Deshalb ist aus progressiver Weltsicht Toleranz ein moralischer Grundwert – und kann es auch sein, weil es keine vom Vater festgelegten moralischen Kategorien gibt, die ohne Wenn und Aber akzeptiert werden müssten. Toleranz hat ihre Grenze da, wo andere Menschen zu Schaden kommen. Aus Sicht der Progressiven ist es ein grundsätzlicher moralischer Wert, dafür zu sorgen, dass niemand in der Gesellschaft jemand anderem Schaden zufügt.

Eine Fülle gesellschaftspolitischer Intentionen ergibt sich aus dieser Philosophie: Verbraucher- und Umweltschutz, seriöse Sexualerziehung, restriktiver Waffen- und Munitionsverkauf und staatliche Fürsorge in Form von Sozialprogrammen.

Lakoff und Wehling erinnern daran, dass dieses Denkmuster zu den Zeiten von Präsident Franklin D. Roosevelt in den USA in Politik umgesetzt wurde. Damit der Staat seine Pflicht erfüllen konnte, für das Wohlergehen eines jeden Bürgers Sorge zu tragen, musste das gemeinsame Vermögen, das Common Wealth, genutzt werden. Also wurden Steuern erhoben, um damit für das gemeinsame Wohlergehen zu sorgen.

Das Steuersenkungsthema in Deutschland erhält vor diesem Hintergrund die Bestätigung, die die SPD trefflich anfangs der siebziger Jahren zur Sprache brachte, als sie formulierte: »Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.« Viele Menschen nehmen nicht wahr, dass es nur dann allen gutgehen kann, wenn das gemeinsame Vermögen nicht armgeredet wird, was nach Lakoff und Wehling auch damit zu tun hat, dass aus konservativer Weltsicht der Vater nicht mit der Gesellschaft kooperiert, sondern sich in ihr behauptet. Das Element der Hilfe durch andere ist in diesem Denkmuster ausgeblendet, das Common-Wealth-Prinzip hat gedanklich keinen Platz darin.

Realistisch muss man annehmen, dass die Menschen nicht jeweils auf nur eines dieser beiden Modelle festgelegt sind. Die Erfahrungen nämlich, die die Menschen prägen, sind in nur seltenen Fällen eindimensional. Viele sind »bi-konzeptionell«. Der propagandistische Kampf der beiden Lager aber geht darum, in möglichst vielen Menschen die Saiten anklingen zu lassen, die dem eigenen Konzept entsprechen. Dabei sind nach Meinung von Lakoff und Wehling nicht jene erfolgreich, die Inhalte und Fakten präsentieren, sondern jene, die moralische Werte zur Sprache bringen und mobilisieren.

Wenn man diese Ergebnisse kennt, lässt sich etwas besser erklären, was bei den beobachteten Meinungsbildungsvorgängen passiert sein könnte und warum wer mit welchen Sprachmustern und Argumenten Erfolg oder Misserfolg hatte und hat. Wenn

zum Beispiel der frühere SPD-Finanzminister Hans Eichel und sein Amtsnachfolger Peer Steinbrück sich vor allem als Sparkommissare – als sparsame Hausväter – präsentieren, dann ist die Sache klar: Sie sprechen die vom strengen Hausvatermodell geprägten Menschen an, und das sind sehr viele in Deutschland, und bekommen dort bewundernde Zustimmung. Politisch trägt diese Zustimmung allerdings keine Früchte, denn sie stärkt die Position jener, die in den Köpfen der Mehrheit mit diesem Modell verbunden sind: die Konservativen. Gewählt wird dann das Original und nicht die SPD.

Wenn, um ein anderes Beispiel zu nennen, Willy Brandt und Egon Bahr und die anderen Träger der Entspannungspolitik diese mit moralischen Kategorien als Politik der Versöhnung, des Sich-Verstehens und des Sich-in-den-anderen-Hineinversetzens vertreten haben, dann ist damit das progressive fürsorgliche Elternmodell mobilisiert worden, und es wurden Menschen in dieses Lager herübergezogen, die ohne eine solche Ansprache dem konservativen Modell verhaftet geblieben wären.

Wenn aber, wie wir es seit geraumer Zeit erleben, ein ganzer Strauß von Formeln wie »Leistung muss sich wieder lohnen«, »Wer arbeitet, ist der Dumme«, »soziale Hängematte« und »sozialer Missbrauch« immer wieder artikuliert wird, ohne dass von der anderen Seite solidarische Werte angesprochen werden, dann verfestigen sich die Werte des Modells »Strenger Familienvater«, und die Menschen handeln danach. Dann akzeptieren sie, soweit sie nicht persönlich betroffen sind, Hartz IV, und sie protestieren auch nicht, wenn ein Ministerium und sein Minister eine Broschüre präsentieren, in der Hartz-IV-Empfänger als »Abzocker« bezeichnet werden.⁵⁵

Geradezu puristisch umgesetzt ist das Strenger-Vater-Modell in der neuen »unternehmerischen« Hochschulstruktur, wie im »Hochschulfreiheitsgesetz« Nordrhein-Westfalens implementiert. Nur der Präsident – der »strenge Vater« – hat das Sagen, denn father knows best. Es herrscht eine hierarchische Kommunikation (top down), und alle Ansätze einer Kommunikationsstruktur und Entscheidungsfindung auf Augenhöhe mit allen an For-

schung und Lehre Beteiligten sind eliminiert. Ganz zu schweigen von der Idee einer paritätisch organisierten, selbstverwalteten Gruppenuniversität: Die Studierenden mitbestimmen zu lassen kommt in diesem Denkmuster schlicht nicht vor.

Noch wird man vorsichtig umgehen müssen mit den von George Lakoff und Elisabeth Wehling präsentierten Ergebnissen zu der Frage, wie Meinungsbildung funktioniert und wie eine Gleichschaltung der Meinung arrangiert wird. Aber es lohnt sich, die Theorien und Ergebnisse der Forschung in die weitere Betrachtung einzubeziehen und die mit Beispielen aus den USA belegten Beobachtungen in einem ersten Versuch auf Deutschland zu übertragen. Es ist auch sinnvoll, die hiesigen öffentlichen Auseinandersetzungen der Gegenwart und der Vergangenheit mit dem Suchraster zu überprüfen, das die beiden Autoren aufgestellt haben.

Die Erkenntnisse von Lakoff und Wehling wie auch die hier erörterten eigenen Beobachtungen dürften für kommende Wahlkämpfe relevant sein. Einiges scheint direkt auf unsere Verhältnisse übertragbar zu sein: zum Beispiel, dass es wichtig ist, die Menschen mit moralischen Werten anzusprechen, wie es Barack Obama im Jahr 2008 demonstriert hat; so kann man sie bewegen, das Lager zu wechseln; oder zu realisieren, dass Wählerinnen und Wähler das Original wählen. Für wahlkampfproben oder auch nur aufmerksame Beobachter sind das keine neuen Erkenntnisse. Aber reale Erfahrungen nun auch hirnpfysiologisch begründen zu können ist eine große Bereicherung.